SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Der unbemerkte Fortschritt: ein Plädoyer für mehr "Afropositivismus"

Basedau, Matthias

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute for Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Basedau, M. (2019). *Der unbemerkte Fortschritt: ein Plädoyer für mehr "Afropositivismus".* (GIGA Focus Afrika, 2). Hamburg: GIGA German Institute of Global and Area Studies - Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien, Institut für Afrika-Studien. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-61738-8

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer CC BY-ND Lizenz (Namensnennung-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: https://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/deed.de

Terms of use:
This document is made available under a CC BY-ND Licence (Attribution-NoDerivatives). For more Information see: https://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

G | G A Focus | AFRIKA

Matthias Basedau

Der unbemerkte Fortschritt: Ein Plädoyer für mehr „Afropositivismus“

GIGA Focus | Afrika | Nummer 2 | März 2019 | ISSN 1862-3603

Das öffentliche Bild von Subsahara-Afrika wird von Krisen, Kriegen, Krankheiten, Korruption und Katastrophen bestimmt. Die katastrophalen Zustände werden für massive Migrationsbewegungen in der Gegenwart und Zukunft verantwortlich gemacht. Dieses negative öffentliche Bild steht in starkem Kontrast zu zahlreichen positiven Entwicklungen, die in der Öffentlichkeit kaum bekannt sind.

- Viele sozioökonomische Indikatoren weisen unisono in eine positive Richtung: Lebenserwartung und Einkommen sind signifikant gestiegen, der Anteil der Armen ist gesunken. Bei Bildung und den Entwicklungschancen von Frauen gibt es Verbesserungen. In vielen Staaten gibt es hohes Wirtschaftswachstum.

- Auch in der Politik sind Fortschritte nachweisbar: Die Zahl der Kriegstoten hat sich deutlich verringert, noch nie fanden so viele friedliche Machtwechsel statt. Präsidenten auf Lebenszeit, Militärdiktaturen und dominante Parteiensysteme sind auf dem Rückzug. Die politische Repräsentation von Frauen macht Fortschritte.

- Regionalorganisationen tragen offenbar zur Durchsetzung demokratischer Normen und zum Frieden bei. Besonders nicht verfassungsmäßige Machtwechsel werden nicht mehr akzeptiert.

- Die Berichterstattung führt zur fehlenden Aufmerksamkeit für Fortschritte: positive Entwicklungen sind langsam und langfristig, während negative Ereignisse fortlaufend für Aufmerksamkeit sorgen. Ohne das „Big Picture“ und die „longue durée“ ist der Wandel leicht zu übersehen. Allerdings sind Trends umkehrbar und zahlreiche Probleme bestehen fort. Relativ besser heißt nicht absolut gut.

Fazit

Die Entwicklungen in Afrika sind als Chance zu begreifen. Politik und Wissenschaft sollten die Negativorientierung hinterfragen, die Trends überprüfen sowie die „Treiber“ von positiven Entwicklungen identifizieren. Verstärkt sollten lange Zeiträume betrachtet werden. Die Erkenntnisse sind direkte Anknüpfungspunkte für Afrikapolitik und Entwicklungszusammenarbeit.

Prof. Dr. Matthias Basedau
Direktor des GIGA Instituts für Afrika-Studien
matthias.basedau@giga-hamburg.de

GIGA German Institute of Global and Area Studies
Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien
Neuer Jungfernstieg 21
20354 Hamburg

www.giga-hamburg.de/giga-focus

Foto: Marein Kasiske

Überraschende Befunde für den „Krisenkontinent“

Subsahara-Afrika, im Folgenden „Afrika“ [1] , gilt vielen als Problemfall unter den Weltregionen, mitunter als hoffnungsloser Fall, dem allenfalls durch nachhaltige Hilfe von außen aus der Misere geholfen werden kann. Schlagzeilen über Kriege, Krisen, Korruption, Krankheiten und andere Katastrophen bestimmten das mediale Bild (z.B. Freeches 2016). Auch die Wissenschaft beschäftigt sich bevorzugt mit problematischen Aspekten wie gewaltsamen Konflikten, sozioökonomischen Problemlagen und Demokratiedefiziten. Die deutsche Afrikapolitik war in den letzten Jahrzehnten von entwicklungspolitischen Diskursen dominiert. In den letzten Jahren kamen sicherheitspolitische Überlegungen hinzu, die besonders mit Migration nach Europa und islamistischen Bedrohungen in Verbindung stehen.

Vor diesem Hintergrund scheint mindestens überraschend, dass zahlreiche sozioökonomische und politische Entwicklungen ein völlig anderes Bild zeichnen. Langfristig sind substanzielle, auch in der Forschung weitgehend wenig präsente, positive Trends festzustellen. Diese Befunde werden zunächst dargelegt und im Anschluss einer kritischen Prüfung unterzogen. Dabei werden die Befunde selbst, deren Interpretation und Handlungsimperative thematisiert. Der Beitrag endet mit einer Diskussion von Anknüpfungspunkten für Wissenschaft, Entwicklungszusammenarbeit und Afrikapolitik.

1 Ohne Nordafrika, d.h. Algerien, Ägypten, Libyen, Marokko und Tunesien.

Sozioökonomische Kernindikatoren haben sich deutlich verbessert

Die erste Botschaft scheint wohl am überraschendsten: Kernindikatoren der sozioökonomischen Entwicklung in Afrika weisen langfristig in eine positive Richtung. Wirtschaftliche und soziale Entwicklung kann durch eine Vielzahl von Indikatoren gemessen werden. Die Auswahl sollte nicht selektiv sein. Daher werden grundlegende Maßzahlen wie Lebenserwartung, der Anteil von Armen, der Bildungsgrad, das Einkommen bzw. Wachstum sowie nicht zuletzt die Entwicklungschancen von Frauen betrachtet. Alle Quellen der verwendeten Daten sind in Tabelle 1 aufgeführt.

Bei Kernindikatoren der sozialen Entwicklung ergibt sich durchweg ein einheitliches Bild. Schon die absolute Zahl der durchschnittlichen Lebenserwartung ist mit 60 Jahren relativ hoch. In den letzten Jahren ist diese überdies deutlich gestiegen. Im Vergleich des Jahres 2006 zu 2016 stieg die Lebenserwartung um etwa sieben Jahre. Im Jahr 1990 betrug sie lediglich knapp 50 Jahre. Gleichzeitig war der Kampf gegen die Armut erfolgreich. Der Anteil der Bevölkerung, der unter der absoluten Armutsgrenze lebt – das sind Personen, die mit weniger als 1,90 USD pro Tag auskommen müssen – betrug im Jahr 2017 noch immer 41 Prozent. Im Jahr 1990 aber waren noch 55 Prozent aller Afrikaner von absoluter Armut betroffen.

Auch im Bildungsbereich sind positive Entwicklungen zu beobachten: Die Alphabetisierungsrate ist von knapp zwei Drittel auf drei Viertel deutlich gestiegen und auch die Einschulungsraten nahmen sichtbar zu. Mittlerweile gehen fast 80 Prozent aller Kinder in Afrika zur Schule. Während im Jahr 2010 nur etwa 20 Prozent eine weiterführende Schule besuchten, waren es im Jahr 2017 bereits mehr als ein Drittel. Frauen holen in der Bildung deutlich auf: Nicht nur ist die Rate der Alphabetisierung seit dem Jahr 1990 von weniger als 60 Prozent auf mehr als 70 Prozent gestiegen, auch der Abstand zu den Männern hat sich von mehr als sieben

Prozentpunkten auf weniger als vier verringert. Vielen gilt Kindersterblichkeit als eine „Mastervariable", da darin viele Einflüsse der Entwicklung wie Ernährung und Qualität des Gesundheitssektors und damit des Staates zusammenfließen (Rosling, Rosling Rönnl und Rosling 2018). Hier wiederholt sich der Befund. Während im Jahr 1990 noch über Hundert Säuglinge von Tausend innerhalb eines Jahres nach der Geburt starben, waren es im Jahr 2017 nur noch die Hälfte. Oft helfen dabei auch Impfkampagnen, die in internationaler Zusammenarbeit durchgeführt werden.

„Harte" wirtschaftliche Daten zeigen ebenfalls in eine positive Richtung. In den letzten Jahren haben viele afrikanische Staaten hohe Wachstumsraten aufweisen können. Die gute Performance hat zu einer Debatte über „Africa Rising" geführt (z.B. Wadongo 2014; Taylor 2014). Zuletzt waren die durchschnittlichen Wachstumsraten immer noch relativ hoch, jedoch etwas geringer als in den Vorjahren. Teilweise war der Wachstumsboom durch hohe Rohstoffpreise getrieben. In nicht wenigen Ländern wie Äthiopien, Elfenbeinküste, Ghana, Kenia, Ruanda, Senegal und Uganda sind die Wachstumserfolge aber deutlich nachhaltiger als in den Jahrzehnten zuvor. In der „longue durée" können wir erkennen, dass das Pro-Kopf-Einkommen in Afrika zugenommen hat. Es stieg von 1990 bis 2017 um mehr als das Doppelte auf mehr als 3.800 USD in Kaufkraftparitäten und bei konstanten Preisen – also unabhängig von der Inflation.

	1990	2000	2010	2016-2018
Human Development Index (a)	0.398	0.421	0.498	0.537 (2017)
Lebenserwartung bei Geburt/Jahre (b)	49,9	50,5	56,9	60,4 (2017)
BIP pro Kopf (Kaufkraftparitäten bei konstanten Preisen) (b)	2.617	2.459	3.242	3.489 (2017)
Alphabetisierungsrate (%) (b)	65,7	66,4	69,6	75,3 (2016)
Alphabetisierungsrate Frauen (%) (b)	58,2	60,5	64,1	71,6 (2016)
Anteil (%) absolute Arme (1,90 USD/Tag) (b)	55	57,7 (1999)	46,6	41 (2015)
Kindersterblichkeit pro 100,000 (b)	107,8	93	65,1	51,5
„Battle related death" (pro 100.000) (c)	72,000 (144)	63,000 (103)	4,900 (6)	6,555 (6,2)
Staaten mit Mehrparteienwahlen (%) (d)	11	85	94	92 (2018)
Verhältnis elektorale zu gewaltsamen Machtwechseln/Jahrzehnt (e)	3/22 (0,14)	26/23 (1,1)	31/6 (5,2)	37/7 (5,3)
Anteil Frauen in Parlamenten (%) (f)	–	11,9	18,3	23,7

Tab. 1
Kerndaten der sozioökonomischen und politischen Entwicklung in Afrika seit dem Jahr 1990

Quellen:
(a) UNDP 2019.
(b) World Bank 2019.
(c) Basedau und Mappes 2015; ergänzt durch UCDP für 2017 (Pettersson und Eck 2018).
(d) Eigene Berechnungen auf Grundlage von Bleck und van de Walle 2018; der Anteil von 92 Prozent gg. 94 Prozent für die Jahre 2018 und 2010 ergibt sich durch die Unabhängigkeit von Südsudan, der bislang keine Wahlen durchgeführt hat.
(e) Eigene Berechnungen nach African Leadership Change Project 2019 (ISPI 2019); Zahlen beziehen sich jeweils auf das vorherige Jahrzehnt; 1990 bezieht sich auf 1980-1989; der letzte Zeitraum ist verkürzt von 2000-2017.
(f) Interparliamentary Union 2018.

Generell zeigen die Werte des Human Development Index (HDI), der zentrale Aspekte der menschlichen Entwicklung wie Einkommen, Gesundheit und Bildung zusammenfasst, dass es sich nicht um Entwicklungen in Einzelbereichen handelt. Die Werte sind seit dem Jahr 1990 weltweit und auch für Afrika gestiegen (siehe

Abb. 1). Wichtig ist natürlich, Unterschiede zwischen Ländern und Regionen zu benennen. Gerade Zentralafrika bleibt hinter Westafrika und dem südlichen Afrika deutlich zurück. So sind keineswegs alle Länder in der untersten Einkommenskategorie des HDI zu finden. Von den 49 Ländern der Region sind 12 in der mittleren Kategorie und vier, nämlich Botswana, Gabun, Mauritius und die Seychellen als „hoch entwickelt" eingestuft. Langfristig gesehen zeigt sich, dass die „menschliche Entwicklung" auch aus historischer Perspektive positiv war. Spätestens seit den 1930er-Jahren und dann auch ab dem Jahr 1960, also den Jahren nach der Unabhängigkeit, lässt sich ein deutlicher Aufwärtstrend beobachten (de la Escosura 2013).

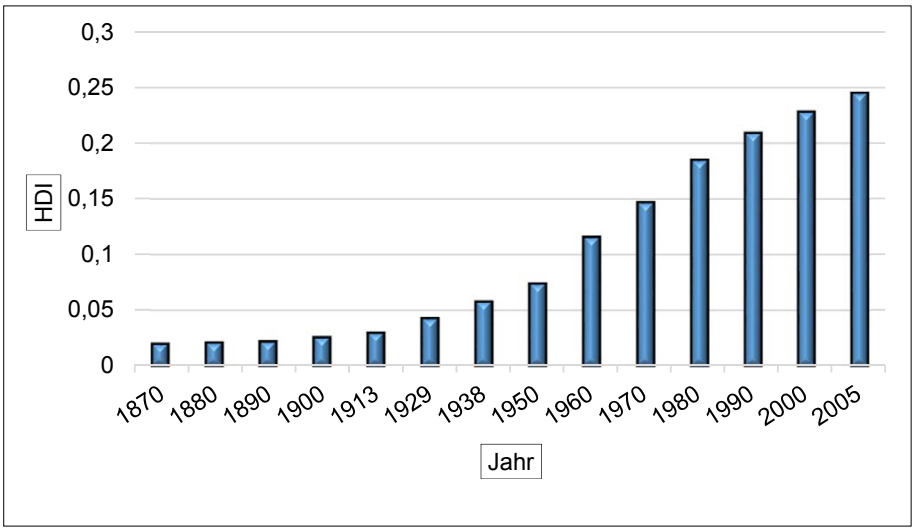

Abb. 1
Langfristige Entwicklung des HDI (1870-2005)
Quelle: Eigene Darstellung nach de la Escosura 2013. Zahlen beziehen auch Nordafrika ein, dessen Werte höher sind als im subsaharischen Afrika, die Trends sind jedoch gleichermaßen positiv.

Von der sozioökonomischen Entwicklung profitieren nicht nur die Reichen, wie bereits die gesunkenen Armutsraten zeigen. Zahlreiche Untersuchungen belegen, dass die Größe der Mittelschichten steigt (z.B. Zizzamia, Schotte und Leibbrandt 2017; Wietzke und Sumner 2018). Diese Entwicklung, sofern sie sich nachhaltig bestätigen lässt, könnte weitere politische Entwicklungen begünstigen. Auch wenn es keinen Automatismus gibt, könnte die Mittelschicht eine wesentliche Triebkraft bei Prozessen von Demokratisierung und anderen gesellschaftlichen Fortschritten sein.

Politische Entwicklungen sind ebenfalls positiv: weniger Gewalt und Diktatur

Auch im politischen Bereich zeigen sich grundlegende positive Trends. Wenig bekannt ist, dass Afrika keineswegs rein autokratisch regiert wird. Der Mythos eines autokratischen Afrika hält sich aber beständig. Der Blick wird dadurch erschwert, dass der große Wandel bereits auf das Ende des Kalten Krieges zurückgeht. Der „afrikanische Frühling" hat bereits stattgefunden und war wesentlich nachhaltiger als sein arabisches Pendant. Während vor 1990 nur eine Handvoll Länder Mehrparteienwahlen durchführte und das Bild des Kontinents von Militärdiktaturen und Einparteiensystemen geprägt war (Bratton und van de Walle 1997; Bleck und van de Walle 2018), hat sich das Verhältnis umgekehrt. Mehr als 90 Prozent aller Länder sind formal Mehrparteiendemokratien und nur Eritrea, Somalia, Swaziland

(bzw. neuerdings Königreich von ESwatini) und der seit dem Jahr 2011 unabhängige Südsudan haben bislang keine Mehrparteienwahlen abgehalten.

Die demokratische Substanz variiert und keineswegs sind alle Mehrparteiensysteme auch wirklich demokratisch (vgl. auch Grauvogel und Heyl 2017). Nach Einschätzungen von üblichen Demokratieindizes wie z.B. Freedom House sind etwa 40 Prozent als autokratisch einzustufen. Etwa die gleiche Anzahl von Ländern bewegt sich im Graubereich. Nur der Rest ist auf einem Niveau, das in etwa liberaler Demokratie westlichen Zuschnitts entspricht. Der Bertelsmann Transformation Index (BTI) unterscheidet dichotom zwischen Autokratien und Demokratien sowie verschiedenen Graden der Verwirklichung von Demokratie oder Diktatur. Für Anfang des Jahres 2017 zeigt sich, dass mehr als 55 Prozent aller betrachteten Staaten als demokratisch bezeichnet werden können und der Rest eher als autokratisch (BTI 2018). Dazu gehören Langzeitdemokratien wie Botswana und Mauritius, aber auch erfolgreiche Demokratisierungsfälle wie Benin, Namibia oder Südafrika.

Der Wandel lässt sich ebenso anhand anderer Indikatoren ablesen. Die oft als „Dinosaurier" bezeichneten Präsidenten auf Lebenszeit sind keineswegs mehr unumstritten und sehen sich häufig mit Protesten konfrontiert. Zuletzt musste Robert Mugabe in Zimbabwe nach 38 Jahren seinen Stuhl räumen. Die durchschnittliche Amtszeit amtierender Staatenlenker hat sich im Vergleich von 1989 zu 2018 erheblich verringert. Der durchschnittliche Unterschied von 10,5 (1989) vs. 8,8 Jahren (2018) [2] verhüllt dabei den deutlichen Wandel hinsichtlich der Bedingungen des Machtzugangs. Kurze Amtsperioden gerade vor dem Jahr 1989 kamen häufig durch gewaltsame Machtwechsel wie Militärputsche und, weniger häufig, durch Siege in Bürgerkriegen zustande.

2 Die Anfang 1989 noch nicht unabhängigen Staaten Eritrea (Unabhängigkeit 1990), Namibia (1989) und Südsudan (2011) wurden dabei nicht berücksichtigt.

Ein Blick auf die langfristige Entwicklung zeigt, dass die Zahl und der Anteil von irregulären Machtwechseln deutlich abgenommen haben, während sich Machtwechsel durch Wahlen verstetigt haben und sogar zunehmen (vgl. Abb. 2). Im Jahrzehnt vor 1990 gab es 23 gewaltsame Machtwechsel aber nur drei durch Wahlen. In den Jahren 2000 bis 2018 hat sich das Verhältnis mehr als nur umgekehrt. Elektorale Machttransfers fanden 37-mal statt, es kam aber nur 7-mal zu gewaltsamen bzw. irregulären Regierungswechseln. Seit dem Jahr 2014 gab es keine gewaltsame Machtübernahme mehr. Auch die Ablösung von Mugabe im Jahr 2018 durch das Militär war nur ein Übergangsprozess, auf den Wahlen folgten. Ein Meilenstein in der demokratischen Entwicklung sind Machtwechsel, in denen Amtsinhaber direkt abgewählt werden, obwohl sie an der Macht bleiben wollen und selbst antreten. Diese Form des Machtübergangs ist ein demokratischer Lackmustest. Die Wahlniederlage des Präsidenten in Nigeria im Jahr 2015 war ein historisches Ereignis. Zuvor war noch nie ein amtierender Präsident abgewählt worden. In Ghana, den Kapverden oder Mauritius sind Machtwechsel an der Wahlurne inzwischen bereits Routine. Selbst das überraschende Wahlergebnis in der Demokratischen Republik Kongo Anfang des Jahres 2019 kann langfristig positiv gewertet werden. Selbst wenn es sich um eine Manipulation zugunsten des weniger „unangenehmen" Oppositionskandidaten gehandelt haben sollte, dokumentiert der Vorgang den langfristigen Wandel. In früheren Zeiten wären Mehrparteienwahlen, der vorzeitige Abtritt des Präsidenten und ein Sieg eines Oppositionspolitikers im Kongo undenkbar gewesen.

Darüber hinaus sind dominante Parteiensysteme, in denen mehrere Parteien zugelassen sind, aber stets nur eine gewinnt, zunehmend in der Defensive. Langjährige

dominante Parteiensysteme in Burkina Faso, Guinea und Gambia brachen im laufenden Jahrzehnt zusammen. In prinzipiell demokratischen Ländern wie Botswana und Südafrika gerieten sie unter wachsenden Druck der stärker werdenden Opposition (Basedau 2019; Sumich 2017). Es wird interessant zu beobachten sein, wie die Wahlen ausgehen, die im laufenden Kalenderjahr in beiden Ländern anstehen.

Auf dem Rückzug in die Kasernen sind auch Militärs und Militärregime. Tarnuniformen und Ray-Ban-Brillen werden durch Anzüge oder traditionelle zivile Kleidung ersetzt. Militärputsche sind nicht verschwunden, aber ihre Zahl hat sich gegenüber vorherigen Dekaden deutlich verringert. Die Coups richten sich oft gegen langjährige Autokraten und die Putschisten beeilen sich, wie zuletzt in Burkina Faso und Simbabwe, zu zivilen Staatsformen zurückzukehren (Elischer 2015). Nur wenige Staaten, wie z.B. Eritrea, Mauretanien oder Tschad, können als „zivile Militärregime" betrachtet werden, deren ursprüngliche Machtergreifung auf gewaltsame Übernahmen des Militärs zurückgehen.

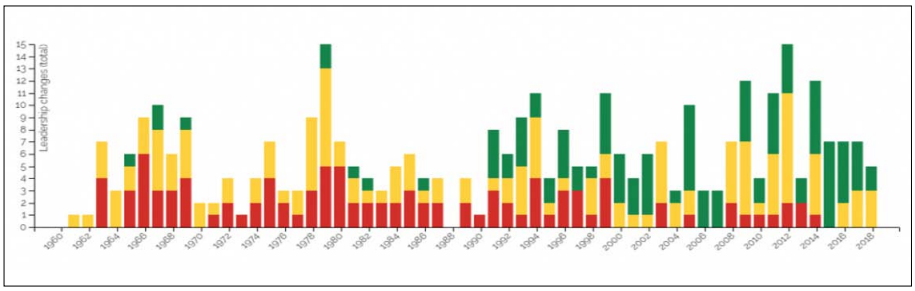

Abb. 2
Langfristige Entwicklung der Form von Machtwechseln seit dem Jahr 1960
Quelle: ISPI 2019. Legende: grün (oben an den Säulen) bedeutet durch Wahlen; gelb (Mitte) friedlich, aber nicht durch Wahlen; rot (unten) gewaltsam/ irregulär.

Gewalt geht auch bei bewaffneten Konflikten zurück. Es ist inzwischen vielfach und gut dokumentiert (z.B. Straus 2012; Basedau und Mappes 2015; Pinker 2018; von Soest und De Juan 2018) und dennoch wenig bekannt: Während die Anzahl der bewaffneten Konflikte relativ konstant bleibt, ist die Zahl der Kriegstoten, das größte Übel des Krieges, kontinuierlich gesunken. Vergleicht man die Zahlen von 1989 bzw. 1990 und den letzten verfügbaren Daten wird dieser Trend deutlich. Gegenüber den 1980er- und den frühen 1990er-Jahren hat das Risiko dramatisch abgenommen (siehe Tab. 1). Im Jahr 1990 starben noch mehr als 70.000 Menschen in bewaffneten Konflikten, während es im Jahr 2017 nur noch knapp 6.500 waren. Setzen wir das in Relation zur Bevölkerungsgröße ist das relative Risiko in kriegerischen Auseinandersetzungen zu sterben, extrem gesunken. Die Entwicklung wird noch deutlicher, wenn wir die Opfer ins Verhältnis zur gewachsenen Bevölkerung des Kontinents setzen. Die Maßzahl von Opfern pro 100.000 Einwohnern ist ein gängiger Indikator in der vergleichenden Kriminologie und zeigt das Risiko, gewaltsam ums Leben zu kommen. Im Jahr 1990 starben pro 100.000 Einwohner 144 direkt an den Folgen des Krieges, im Jahr 2015 waren es lediglich 12. Selbst wenn man die zuletzt leicht steigenden Zahlen berücksichtigt – der eigentliche Tiefpunkt war im Jahr 2010 mit weniger als 5.000 direkten Kriegsopfern – , ändert dies nichts am Befund der extremen Abnahme von Opfern.

Die positiven politischen Entwicklungen hängen möglicherweise mit einem veränderten regionalen Umfeld zusammen. Regionalorganisationen wie die Afrikanische Union (AU) oder regionale Organisationen in West- und Südafrika suspendieren Mitglieder sobald es zu Militärputschen oder anderen, verfassungswidrigen Unregelmäßigkeiten kommt. Die Bestimmungen der Charta der AU lassen überdies auch zu, dass Interventionen gegen nicht verfassungsgemäße Regimewechsel

ohne Zustimmung des betreffenden Staates durchgeführt werden (Art 4h). Ein anschauliches Beispiel ist der Sturz des ehemaligen Putschführers und langjährigen Präsidenten Yahya Jammeh im westafrikanischen Gambia. Wider eigenes Erwarten verlor er die Wahlen im Jahr 2016. Seine Weigerung die Niederlage zu akzeptieren führte zu einem Eingreifen der AU, der ECOWAS und wichtiger Anrainerstaaten wie dem Senegal. Nach militärischen Drohungen und Verhandlungen musste Jammeh ins Exil und für den neugewählten Präsidenten Adama Barrow den Stuhl räumen.

Die konsequente Sanktionierung von nicht verfassungsgemäßen Vorfällen lässt auf eine wachsende Internalisierung entsprechender Normen schließen. Es muss berücksichtigt werden, dass die Rückkehr zur Zivilmacht nicht immer demokratisch substanziell ausfällt, aber der Wandel gegenüber früher ist substanziell (Hartmann 2015). Der Bedeutungszuwachs beschränkt sich nicht nur auf demokratische Normen. Mit der Einrichtung des Peace and Security Councils (PSC) der AU im Jahr 2004 könnte auch ein Grund gefunden sein, warum eine Verringerung der Kriegstoten zu beobachten ist. Die AU kümmert sich um Krisen und engagiert sich zunehmend in Form von eigenen friedenserhaltenden Missionen. Diese Missionen sind laut Studien ein Grund für die Verringerung der Opferzahlen (z.B. Pinker 2018).

Der politische Fortschritt ist nicht nur ein Elitenprojekt. Der mitunter hinter vorgehaltener Hand geäußerte Verdacht, Afrikaner wünschten sich Autokratie, ist schlicht nicht zutreffend. Die Untersuchungen des Afrobarometers zeigen, dass eine große Mehrheit die Demokratie jeder anderen, insbesondere einer autoritären Form von Herrschaft vorzieht (Afrobarometer 2019; Grauvogel und Heyl 2017). Es sei konzediert, dass es in den letzten Jahren Stagnation oder leichte Rückschritte gab – der Befund von deutlicher demokratischer Mehrheit bleibt.

Auch im Bereich der politischen Partizipation von Frauen gibt es noch starke Defizite, wobei auch hier positive Entwicklungen verzeichnet werden können. Bislang wurden mit Ellen-Johnson Sirleaf (Liberia) und Joyce Banda (Malawi) nur zwei Frauen in Präsidentenämter mit Exekutivvollmachten gewählt, und beide sind nicht mehr im Amt. Die politische Repräsentation von Frauen ist allerdings deutlich gestiegen. Im Jahr 2017 waren etwa 23,6 Prozent der Abgeordneten der Parlamente weiblich. Das ist nicht nur ein deutlicher Anstieg gegenüber dem Jahr 1995 mit lediglich 11,9 Prozent, und leicht über dem globalen Durchschnitt von etwa 22 Prozent, sondern auch nicht allzu weit entfernt von den 30 Prozent im aktuellen Bundestag und mehr als den 20 Prozent im US-amerikanischen Kongress vor den letzten Zwischenwahlen [3] – wie die ugandische Ministerin für Privatisierung Evelyn Anite nicht ohne Süffisanz angemerkt hat (Anite 2017).

3 Die Zahl ist bei den "Mid terms" gestiegen und bewegt sich nun auf etwa demselben Niveau wie in Afrika.

Besser, nicht unbedingt gut: Was die positiven Trends bedeuten und was nicht

Obwohl die obigen Darstellungen allesamt auf nachweisbaren, verfügbaren Informationen beruhen, werden sie auf – möglicherweise zum Teil heftige – Zweifel treffen. Es wäre verkehrt, jegliche Kritik daran als bloße Ignoranz, eurozentrisches stereotypes Denken über Afrika oder gar „Rassismus" abzutun. Andere, überzeugende Gründe für das falsche Afrikabild bieten sich an: Die Medienberichterstattung wird von konkreten, oftmals negativen Ereignissen bestimmt. Dazu kommt eine psychologisch nachweisbare menschliche Tendenz des „negative bias", d.h.

dass negative Ereignisse mehr Aufmerksamkeit erhalten (Pinker 2018; Rosling, Rosling Rönnl und Rosling 2018). Nun sind negative Ereignisse wie der Ausbruch von Kriegen und Epidemien solche Ereignisse, und in 49 Staaten Afrikas ist es nicht unwahrscheinlich, dass solche Ereignisse stattfinden. Die positiven Entwicklungen sind aber langfristig und oft nicht an konkrete Ereignisse gebunden. Fünfzig Jahre Frieden und Entwicklung in Botswana sind keine Schlagzeile. Menschen, die sich beruflich mit Afrika beschäftigen, haben darüber hinaus Gründe, sich den negativen Aspekten zu widmen: Wenn Förder- oder Hilfsgelder und -programme akquiriert werden müssen, dann ist der Verweis auf positive Entwicklungen mitunter wenig hilfreich. Die Wissenschaft – und auch der Autor – ist da keine Ausnahme.

Natürlich lassen sich die hier vorgestellten Thesen zum Afropositivismus und die dazugehörigen Fakten auch als solche infrage stellen – und genau dies sollte geschehen. Es kann zunächst die verwendeten Daten betreffen. Sind diese zuverlässig und valide oder gibt es Gründe, von einer systematischen Verzerrung zugunsten positiver Entwicklungen auszugehen? Eine theoretische Möglichkeit wäre, dass etwa die Daten zu Kriegstoten in der Vergangenheit weniger genau waren und deren Anzahl in der Vergangenheit stark überschätzt wurde bzw. dass die Zahl der indirekten Kriegstoten überproportional gestiegen ist (Basedau und Mappes 2015). [4] Eine wohl triftigere Kritik betrifft die Auswahl der Indikatoren und Daten. Gibt es in anderen Bereichen negative Entwicklungen oder Stagnation? Obwohl bewusst grundlegende Indikatoren gewählt wurden, ist dies natürlich nicht ausgeschlossen. So stagnieren Governanceindikatoren und die Demokratiewerte bzw. diesbezüglichen Experteneinschätzungen sind nach verschiedenen Indizes für Afrika seit einigen Jahren leicht rückläufig (Grauvogel und Heyl 2017). Auch scheint es generell mehr Einschränkungen für die Zivilgesellschaft zu geben (Smidt 2018), selbst wenn dies langfristig nicht der Fall ist (Richter 2018). Zwar ändert dies wenig an dem durchaus fundamentalen Wandel seit Ende des Kalten Krieges, aber es verweist mindestens auf einen weiteren Punkt, nämlich die Interpretation der Fakten.

4 Da die Lebenserwartung zugleich stark gestiegen ist und es keine Belege für eine überproportionale Zunahme von indirekten Kriegstoten gibt, ist dies nicht wahrscheinlich.

Die beschriebenen Trends sind nicht unumkehrbar und streben nicht notwendigerweise auf ein Ende der Geschichte zu. Nicht ausgeschlossen ist, dass der bislang sehr verhaltene Rückgang der Demokratie sich ausweitet, dass Weltmarktpreise für Rohstoffe zurückgehen und sich „Africa Rising“ als Strohfeuer erweist (Taylor 2014) oder, noch gravierender, eine neue Schuldenkrise Afrika heimsucht (Lakemann und von Soest 2019). Sollte der Klimawandel sich verschärfen, erwarten einige Autoren eine zunehmende Gewalt, besonders in Afrika (vgl. IPCC 2014). Religiös konnotierte Gewalt und Terrorismus waren in Afrika zuletzt ohnehin „auf dem Vormarsch“ (von Soest und de Juan 2018; Basedau 2017). Darüber hinaus sind die Entwicklungen in der Region recht unterschiedlich. Insbesondere das südliche Afrika und Westafrika haben mehr Fortschritte gemacht als etwa Zentralafrika. Die Befunde sollten auch mit anderen Weltregionen verglichen werden. Die Fortschritte in der Welt sind gut belegt und Gegenstand viel beachteter Publikationen von Hans Rosling und Kollegen (2018) und Steven Pinker (2018). Dabei zeigt sich, dass die Fortschritte in anderen Regionen häufig deutlich ausgeprägter sind. Die Entwicklungsunterschiede zu Afrika sind damit nicht geringer geworden, sondern mitunter gestiegen.

Eine angemessene vergleichende Interpretation der positiven Entwicklungen ist extrem wichtig. Dies betrifft vor allem die Erkenntnis, dass „relativ besser“ nicht „absolut gut“ heißt (deutlich hierzu: Pinker 2018; Rosling, Rosling Rönnl und Ros-

ling 2018). Dass sich Dinge verbessern bedeutet keinesfalls, dass es keine Probleme gibt: Diese bestehen weiterhin in zahlreichen Bereichen, auf die nicht einmal ausführlich eingegangen werden muss. Die sozioökonomische und politische Entwicklung ist keinesfalls zufriedenstellend. Allein der Anteil von etwa 40 Prozent absolut Armer ist hier als Hinweis ausreichend. Und dies gilt auch für andere Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen. Zudem mehren sich, wie oben angesprochen, zuletzt Warnungen vor einem wachsenden Schuldenproblem. Generell ist die wirtschaftliche Entwicklung Afrikas alles andere als ein Selbstläufer (Lakemann und Lay 2018). Aufgrund des Bevölkerungszuwachses ist die abnehmende Prozentzahl von Armen zugleich mit einer größeren absoluten Zahl an Menschen verbunden, die unter der Armutsgrenze leben.

Eine abwägende Perspektive hat Implikationen für mögliche Handlungsimperative: Ein „feel-good narrative", das zur Untätigkeit verleitet, wäre eine verhängnisvolle Schlussfolgerung (Wadongo 2014). Es sollte auch nicht leichtfertig davon ausgegangen werden, dass alle Konsequenzen positiv sind. Zwar mögen langfristig Migrationsursachen beseitigt werden, kurz- und mittelfristig könnte aber das Gegenteil der Fall sein. Die Migration nach Europa ist nicht nur eine Frage der Motivation, sondern auch des „Könnens". Erhöhte Lebenserwartung und höheres Einkommen könnten für die unmittelbare Zukunft dazu führen, dass es mehr und nicht weniger Migration nach Europa gibt (Lakemann und Lay 2018). Ähnliche Befunde gelten für Umweltbelastungen und ungeplante Urbanisierung, die Probleme verursachen können. Die richtige Interpretation der Befunde besteht darin, sorgfältig sowohl Konsequenzen als auch Ursachen abzuschätzen.

Anknüpfungspunkte für Wissenschaft, Afrikapolitik und Entwicklungszusammenarbeit: Was ist denn da richtig gelaufen?

Tatsächlich sind die dargelegten positiven Entwicklungen in besonderer Weise geeignet, die richtigen Schlussfolgerungen für Wissenschaft und Politik zu ziehen. Wenn etwas „gut gelaufen ist", dann muss es dafür Gründe geben. Und wenn wir diese Gründe identifizieren können, dann kann daran die deutsche, europäische und westliche Afrikapolitik und die Entwicklungszusammenarbeit direkt und wirksam anknüpfen – mindestens genauso gilt dies für die Akteure vor Ort.

Die Wissenschaft sollte zunächst die Befunde hinterfragen und ggf. korrigieren oder modifizieren. Das fängt vielleicht auch damit an, die grundsätzliche Defizitorientierung zu hinterfragen, gilt aber ebenso wie für eine positive Betrachtungsweise. Dabei sind zwei Einsichten wichtig: Anstatt ausschließlich Mikroperspektiven einzunehmen und der Aktualität verpflichtet zu sein, sollte das „Big Picture" und die „longue durée" stets im Auge behalten werden.

Die Ursachenanalyse sollte mit großer Sorgfalt erfolgen – und sie sollte natürlich auch wie gehabt Hindernisse in den Blick nehmen. An dieser Stelle können nur einige Vermutungen über die möglichen Ursachen angestellt werden. Eine Schwierigkeit besteht dabei darin, dass sich politische und sozioökonomische Entwicklungen wechselseitig beeinflussen. So kommt die neue Politik der Regionalorganisationen als Ursache für die Verringerung der Gewalt und auch einige Erfolge bei der Wirksamkeit demokratischer Normen infrage. Deren Wirksamkeit beruht aber wiederum auf dem Willen politischer Eliten, sodass nicht klar ist, was primäre Ursache

ist. So können Quotenregelungen den Anstieg des Frauenanteils in afrikanischen Parlamenten erklären, oder Amtszeitbegrenzungen für Präsidenten den Zuwachs an zivilen Machtwechseln. Allerdings ist die Einführung dieser Regelungen nicht unabhängig vom Willen der Eliten und anderen Einflüssen. Ähnliche Wechselwirkungen sind für Wirtschaft, Soziales und Politik generell wahrscheinlich. Man sollte nicht dem Irrtum erliegen, eine einzige Ursache für all diese Entwicklungen anzunehmen, sondern möglichst viele prüfen und dabei deren Zusammenspiel berücksichtigen. Dazu gehören neben Faktoren in Afrika auch externe Ursachen wie die Entwicklungszusammenarbeit. Entgegen der oft verbreiteten Annahme ihrer Wirkungslosigkeit oder sogar Schädlichkeit (z.B. Easterly 2006; Seitz 2018), könnte auch sie zu den Erfolgen beigetragen haben – dies gilt möglicherweise auch für den wachsenden Einfluss Chinas.

In jedem Fall sollte von der Erkenntnisressource des Vergleichs Gebrauch gemacht werden. Diese vergleichende Perspektive kann sich auf unterschiedliche Entwicklungen in den Subregionen oder gegenüber anderen Regionen beziehen. Warum schneidet Zentralafrika vergleichsweise schlecht ab? Wie erklärt sich, dass Subsahara-Afrika bei der Demokratieentwicklung, so unvollkommen sie sein mag, besser abschneidet als der eigentlich sozioökonomisch besser dastehende Mittlere und Nahe Osten, der damit laut einschlägiger Theorien auch demokratischer sein müsste? Muss Afrika in der Zukunft mit Turbulenzen rechnen, wie sie derzeit in Lateinamerika zuzunehmen scheinen? Auch die Differenzen bei den verschiedenen Entwicklungsbereichen sind interessant. Soziale Entwicklungen wie beim HDI sind langfristig und kontinuierlich, die politische Entwicklung hat sich besonders um das Jahr 1990 stark verbessert, nach dem Jahr 2010 aber weniger stark. Die wirtschaftliche Entwicklung, gemessen an Wachstumsraten, unterliegt noch stärkeren Diskontinuitäten.

Welche Imperative ergeben sich für die praktische Politik? Zunächst gilt es dabei, das durchweg negative Afrikabild zu korrigieren – ohne der Versuchung zu erliegen, ein überzogen rosiges Bild zu zeichnen. Bereits jetzt haben positive Trends Eingang in zentrale Dokumente der Bundesregierung gefunden (Bundesregierung 2014). Eine Abkehr vom Zerrbild des chronischen Krisenkontinents befördert auch den Respekt gegenüber afrikanischen Staatschefs, der vor dem Hintergrund der Kolonialvergangenheit besonders wichtig für die Zusammenarbeit ist. Die Entwicklungszusammenarbeit sollte den „Afropositivismus“ nicht fürchten. Dass Bemühungen um Entwicklungserfolge möglicherweise nicht vergebens waren, sollte Ansporn genug sein.

Die Vorsicht des Wissenschaftlers sollte nicht einige wahrscheinlich sinnvolle konkrete Empfehlungen verhindern. An dieser Stelle sei auf einen Widerspruch zwischen Politikberatung und Wissenschaft hingewiesen. Letztere benötigt lange Horizonte, während Politik und Entwicklungszusammenarbeit oft möglichst rasch handeln wollen und müssen. Kurz und gut: Die AU muss nicht in ein Abbild der EU umgewandelt werden, aber die sicherheitspolitischen Bemühungen und die weitere Verankerung demokratischer Normen zu stärken ist sicher kein Fehler – solange man nicht glaubt, damit sei und würde alles gut. Auch die Betonung eigenverantwortlicher und privatwirtschaftlicher Verantwortung in Afrika scheint alles andere als abwegig. Privatwirtschaftliche Initiativen sind eine Kernursache des Wohlstands im Westen und auch in Afrika würden sie an Eigeninteresse vor Ort anknüpfen, insbesondere wenn Marktwirtschaft sozial und ordnungspolitisch ein-

gehegt wird. Die deutsche und europäische Afrikapolitik darf auch durchaus offensiv für Demokratie werben. Demokratie bedeutet Herrschaft des Volkes und ist kein oktroyiertes westliches Konzept, sondern wird von der Mehrheit der Afrikaner wie oben aufgezeigt befürwortet (Afrobarometer 2019). Kritik an der Demokratie wird häufig von bestimmten Eliten geübt. Zuletzt sind überzogene Erwartungen für eine Außensteuerung zu dämpfen – die auch sonst kritikwürdig sind. Eine wirksame Unterstützung afrikanischer Lösungen ist nicht nur aus Respekt geboten, sondern auch der einzige Weg, der nachhaltigen Erfolg verspricht.

Literatur

Afrobarometer (2019), http://afrobarometer.org/ (4. Januar 2019).

Anite, Evelyn (2017), It's Tough for Women to Get to the Top in African Politics – But We're Blazing a Trail, in: *The Guardian*, 12 Juni, www.theguardian.com/global-development/2017/jun/12/african-politics-blazing-a-trail-african-women-leaders-network-evelyn-anite (20. Dezember 2018).

Bleck, Jamie und Nicolas van de Walle (2018), *Electoral Politics in Africa since 1990. Continuity and Change*, Cambridge: Cambridge University Press.

Bratton, Michael und Nicholas van de Walle (1997), *Democratic Experiments in Africa: Regime Transitions in Comparative Perspective*, Cambridge: Cambridge University Press.

BTI (Bertelsmann Transformation Index) (2018), *Transformation Index BTI*, www.bti-project.org/en/home/ (3. Januar 2019).

Bundesregierung (2014), *Afrikapolitische Leitlinien der Bundesregierung*, www.auswaertiges-amt.de/blob/262372/cd01d1b28efa11b4b5eaad2ef391a79e/afrika-leitlinien-download-data.pdf (3. Januar 2018).

de la Escosura, Leandro (2013), Human Development in Africa: A Long-Run Perspective, in: *Explorations in Economic History*, 50, 2, 179-204.

Easterly, William (2006), *Wir retten die Welt zu Tode. Für ein professionelleres Management im Kampf gegen die Armut*, Frankfurt, New York: Campus Verlag.

Elischer, Sebastian (2015), Taking Stock of 'Good Coups' in Africa, in: *Washington Post*, www.washingtonpost.com/blogs/monkey-cage/wp/2015/05/18/taking-stock-of-good-coups-in-africa/ (23. Januar 2018).

Freeches, David (2016), *Nachholbedarf bei Afrika-Berichterstattung*, European Journalism Observatory, 9. März, https://de.ejo-online.eu/qualitaet-ethik/nachholbedarf-bei-afrika-berichterstattung (28. Dezember 2018).

Hartmann, Christof (2015), Leverage and Linkage: How Regionalism Shapes Regime Dynamics in Africa, in: *Zeitschrift für vergleichende Politikwissenschaft*, 10, Suppl. 1, 79-98.

Interparliamentary Union (2018), http://archive.ipu.org/wmn-e/arc/world151200.htm (22. Dezember 2018).

IPCC (2014), *Assessment Report 5 Climate Change 2014: Impacts, Adaption, and Vulnerability*, Chapter 22: Africa, www.ipcc.ch/site/assets/uploads/2018/02/WGIIAR5-Chap22_FINAL.pdf (3. Januar 2018).

ISPI (Istituto per gli Studi di Politica Internazionale) (2019), *African Leadership Change Project*, www.ispionline.it/it/africa-leadership-change-project (4. Januar 2019).

Pettersson, Therése und Kristine Eck (2018), Organized Violence, 1989–2017, in: *Journal of Peace Research*, 55, 4, 535-547.

Pinker, Steven (2018), *Aufklärung jetzt. Für Vernunft, Wissenschaft, Humanismus und Fortschritt. Eine Verteidigung*, Frankfurt am Main: S. Fischer Verlag.

Rosling, Hans, Anna Rosling Rönnl und Ola Rosling (2018), *Factfulness: Wie wir lernen, die Welt so zu sehen, wie sie wirklich ist*, übersetzt von Hans Freundl, Hans-Peter Remmler und Albrecht Schreiber, Berlin: Ullstein.

Seitz, Volker (2018), *Afrika wird armregiert oder Wie man Afrika wirklich helfen kann*, mit einem Vorwort von Asfa Wossen-Asserate, erweiterte Neuausgabe, München: dtv.

Straus, Scott (2012), Wars Do End! Changing Patterns of Political Violence in Sub-Saharan Africa, in: *African Affairs*, 111, 443, 179-201.

Sumich, Jason (2017), *Der langsame Niedergang der Dominant-Party Regimes im Südlichen Afrika*, GIGA Focus Afrika, 8, Dezember, www.giga-hamburg.de/de/publikation/der-langsame-niedergang-der-dominant-party-regimes-im-suedlichen-afrika (25. Februar 2019).

Taylor, Ian (2014), *Africa Rising?: BRICS – Diversifying Dependency Woodbridge*, UK und Rochester, NY: James Currey.

UNDP (2019), *Human Development Report 2018*, http://hdr.undp.org/en/composite/trends (3. Januar 2019).

Wadongo, Evans (2014), Africa Rising? Let's be Afro-Realistic, in: *The Guardian*, 7. November, www.theguardian.com/global-development-professionals-network/2014/nov/07/africa-rising-lets-be-afro-realistic (28. Dezember 2018).

Wietzke, Felix-Borge und Andy Sumner (2018), The Developing World's „New Middle Classes": Implications for Political Research, in: *Perspectives on Politics*, 16, 1, 127-140.

World Bank (2019), *GDP per Capita*, https://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.PCAP.PP.CD?locations=ZG (3. January 2019).

Der Autor

Prof. Dr. Matthias Basedau ist Direktor des GIGA Instituts für Afrika-Studien und Professor für Politikwissenschaft an der Universität Hamburg. Seine Forschungsschwerpunkte sind politische Institutionen und bewaffnete Konflikte, beides im besonderen Zusammenhang mit Ethnizität, natürlichen Ressourcen und Religion. Er ist zudem Regionalkoordinator für West- und Zentralafrika beim Bertelsmann Transformation Index.

matthias.basedau@giga-hamburg.de, www.giga-hamburg.de/team/basedau

Der Autor dankt Nora Kiefer, Jann Lay und Sabine Kurtenbach für hilfreiche Anmerkungen zu früheren Versionen des Manuskriptes sowie Jasmina Malikova für die Unterstützung bei der Erstellung der Abbildung 1.

GIGA-Forschung zum Thema

Das GIGA Institut für Afrika-Studien beschäftigt sich mit der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklung im subsaharischen Afrika. Derzeitige Forschungsschwerpunkte sind etwa Amtszeitbegrenzungen von Präsidenten, Konflikte in Zusammenhang mit Religion und „land grabbing", externe Sanktionen und die generelle sozioökonomische Entwicklung in der Region.

GIGA-Publikationen zum Thema

Basedau, Matthias (2019) (forthcoming), Party Systems in Africa, in: Nic Cheeseman (Hrsg.), *The Oxford Encyclopedia of African Politics*, Oxford: Oxford University Press.

Basedau, Matthias (2017), *Religiöse Konflikte auf dem Vormarsch in Subsahara-Afrika: Keine einfachen Erklärungen und Lösungen*, GIGA Focus Afrika, 4, August, www.giga-hamburg.de/de/publikation/religioese-konflikte-auf-dem-vormarsch-in-subsahara-afrika.

Basedau, Matthias und Nina Mappes (2015), *Kriegskontinent Afrika? Ein Klischee auf dem Prüfstand*, GIGA Focus Afrika, 5, Juli, www.giga-hamburg.de/de/publication/kriegskontinent-afrika-ein-klischee-auf-dem-prüfstand.

Grauvogel, Julia und Charlotte Heyl (2017), *Trotz aller Widrigkeiten: Demokratie in Afrika*, GIGA Focus Afrika, 7, November, www.giga-hamburg.de/de/publikation/trotz-aller-widrigkeiten-demokratie-in-afrika.

Lakemann, Tabea und Jann Lay (2018), *Wirtschaftsfokus der deutschen Afrikapolitik: Richtiger Weg, überhöhter Anspruch*, 6, Dezember, www.giga-hamburg.de/de/publikation/wirtschaftsfokus-der-deutschen-afrikapolitik-richtiger-weg-überhöhter-anspruch.

Lakemann, Tabea und Christian von Soest (2019), *Zehn entscheidende Entwicklungen in Afrika 2019*, GIGA Focus Afrika, 1, Februar, www.giga-hamburg.de/de/publikation/zehn-entscheidende-entwicklungen-in-afrika-im-jahr-2019.

Richter, Thomas (2018), *Weltweit verringerte Handlungsspielräume von Zivilgesellschaft*, GIGA Focus Global, 5, Dezember, www.giga-hamburg.de/de/publication/weltweit-verringerte-handlungsspielräume-von-zivilgesellschaft.

Smidt, Hannah (2018), *Das Verschwinden zivilgesellschaftlicher Freiräume in Afrika*, GIGA Focus Afrika, 4, November, www.giga-hamburg.de/de/publikation/das-verschwinden-zivilgesellschaftlicher-freiräume-in-afrika.

Sumich, Jason (2017), *Der langsame Niedergang der Dominant-Party Regimes im Südlichen Afrika*, GIGA Focus Afrika, 8, Dezember, www.giga-hamburg.de/de/publikation/der-langsame-niedergang-der-dominant-party-regimes-im-suedlichen-afrika.

von Soest, Christian und Alexander De Juan (2018), *Der Umgang mit neuen Sicherheitsbedrohungen in Afrika*, GIGA Focus Afrika, 2, Mai, www.giga-hamburg.de/de/publikation/der-umgang-mit-neuen-sicherheitsbedrohungen-in-afrika.

Zizzamia, Rocco, Simone Schotte und Murray Leibbrandt (2017), *Vulnerability and the Middle Class in South Africa*, SALDRU policy brief.

Impressum

Der GIGA Focus ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Internet gelesen und heruntergeladen werden unter www.giga-hamburg.de/giga-focus und darf gemäß den Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0 frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA Focus, keine Bearbeitung oder Kürzung.

Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt Focus-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus. Der GIGA Focus wird vom GIGA redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Auf die Nennung der weiblichen Form von Personen und Funktionen wird ausschließlich aus Gründen der Lesefreundlichkeit verzichtet.

Gesamtredaktion GIGA Focus: Prof. Dr. Sabine Kurtenbach
Redaktion GIGA Focus Afrika: Prof. Dr. Matthias Basedau
Lektorat: Petra Brandt

GIGA | Neuer Jungfernstieg 21
20354 Hamburg
www.giga-hamburg.de/giga-focus
giga-focus@giga-hamburg.de

GIGA
German Institute of Global and Area Studies
Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien